



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Bereich Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zukunftsweisende Verhandlungen sind gefragt

Großbritannien verlässt die Europäische Union. Sehr komplexe Verhandlungen stehen bevor. Ein Teil davon betrifft die wirtschaftlichen Beziehungen und damit die Frage, wie die Exportströme zwischen der Europäischen Union (EU) und Großbritannien zukünftig aussehen werden.

Zunächst fällt eine wichtige Asymmetrie auf: Für die EU beträgt der Anteil der Exporte nach Großbritannien (im Vergleich zu allen Exporten) weniger als zehn Prozent. Für Großbritannien ist jedoch der ungehinderte Zugang zu allen Mitgliedsländern der EU mit 46 Prozent aller Exporte überlebenswichtig. Ebenso hängt das Land in besonderem Maße von den Importen aus der EU ab, kommen doch etwas mehr als die Hälfte aller britischen Importe von dort.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, zwei Szenarien der Brexit-Verhandlungen zu diskutieren: das so genannte norwegische Modell und eine Lösung auf Basis der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Bei ersterem würde sich am wirtschaftlichen Austausch zwischen der EU und Großbritannien nichts ändern, Großbritannien müsste allerdings auch alle Regeln der EU einschließlich der bestehenden Zuwanderungsregeln übernehmen. Es verlöre „nur“ sein Stimmrecht in den EU-Organen. Bei einer Lösung auf Basis der WTO-Regeln müssten dagegen beide Seiten mit erheblichen Rückgängen im gegenseitigen Austausch von Gütern und Dienstleistungen rechnen.

Das führt zu einer zweiten Asymmetrie: Vor allem britische Unternehmen hätten dann einen Anreiz, über eine Standortverlagerung nachzudenken. Das gilt etwa für die Pharmaindustrie, aber vor allem für die Finanzbranche, die wichtigste „Exportindustrie“ des Landes. Denn diese Dienstleistungen können relativ schnell durch Konkurrenten in der EU übernommen werden. Sollte London also seine so genannten „EU-passporting“-Rechte verlieren, die der dortigen Finanzindustrie erst die Geschäfte in der ganzen EU ermöglichen, würden die Ausfahrten britischer Finanzdienstleistungen regelrecht einbrechen.

Mögliche Verwerfungen aufgrund reduzierter Handelsbeziehungen träfen die EU sicherlich hart, für Großbritannien stünde aber dessen wichtigste Spezialisierung zur Disposition. Nur: Der EU kann nicht an einer siechenden britischen Wirtschaft gelegen sein, allein die Gefahr negativer Ansteckungseffekte für die Weltwirtschaft ist viel zu groß.

Es besteht also ein essentielles gegenseitiges Interesse an einer Fortsetzung der intensiven wirtschaftlichen Beziehungen, und das geht am besten über das norwegische Modell.

Interessanterweise hat sich die aktuelle britische Regierung frühzeitig gegen dieses Modell entschieden. Nun aber stehen in Großbritannien Neuwahlen an. Im Wahlkampf könnten sich die Parteien entsprechend positionieren, indem sie sich für bestimmte Verhandlungslösungen stark machen. Angesichts der Katerstimmung in der britischen Bevölkerung nach dem Brexit-Votum hätte eine Partei, die sich einen Verhandlungsansatz ähnlich dem norwegischen Modell auf die Fahnen schreibt, gute Chancen auf Stimmenzuwachs.

Gleichzeitig täte die EU gut daran, sich mit den Gründen der Scheidung auseinanderzusetzen. Damit das europäische Projekt neues Leben bekommt, wird es Zeit, dass man in Brüssel kritisch hinterfragt, warum immer mehr Menschen nicht nur auf der Insel immer weniger an die europäische Einigung glauben. Die EU-Kommission muss über radikale Reformen nachdenken.

Nach den Neuwahlen werden harte Verhandlungen geführt werden, möglichst solche, die einen „harten Brexit“ vermeiden. Insofern bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungsparteien kühlen Kopf bewahren und sich nicht allzu oft zeitraubende „Lektionen“ erteilen, wer am längeren Hebel sitzt. Vor allem Großbritannien braucht eine gute Verhandlungslösung mit allen EU-Staaten gleichzeitig. Unterdessen wäre es wichtig, am europäischen Haus weiter zu bauen, und zwar so, dass es für seine verbliebenen Bewohner, aber auch für die Briten wieder attraktiver wird.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Prof. Dr. Alexander S. Kritikos

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.